

## Stellungnahme / Antwort

zu Anfrage Nr. **AF/0111/2011**

der Stadtratssitzung am 16.12.2011

Punkt: 36 ö.S.

### **Betr.: Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Photovoltaik auf Koblenzer Dächern**

#### Antwort

**Frage 1: Wie viele Koblenzer Schulen/Sporthallen/andere stadteigene Gebäude haben eine Photovoltaikanlage auf dem Dach bzw. Dächern?**  
**und Frage 2. Wurden bei diesen Schulen/Sporthallen/anderen stadteigenen Gebäuden grundsätzlich die Dächer verpachtet? Wenn ja, an wen?**

Antwort zu 1. und 2.:

Kleinere, durch die Stadt selbst finanzierte Demonstrationsanlagen, befinden sich auf 9 Koblenzer Schulen (Albert-Schweitzer-Realschule plus, Berufsbildende Schule Technik, Hilda-Gymnasium, Clemens-Brentano-Realschule plus, Grundschule Güls, Grundschule Moselweiß, Diesterwegschule, Gymnasium Asterstein, Pollenfeldschule). Sie haben eine Leistung von insgesamt 16 Kilowatt (kW).

An 10 Schulen, der KITA Rappelkiste in Güls, der Sporthalle Rübenach und der Rhein-Mosel-Halle wurden Pachtverträge mit Dritten geschlossen, die auf den Dächern PV-Anlagen gebaut haben und betreiben. Die Gesamtleistung der Anlagen beträgt 462 kW. Die Pachteinnahmen kommen gemäß dem Stadtratsbeschluss aus 2005 den Fördervereinen der Schulen zu Gute. Bei der Sporthalle Rübenach und der Rhein-Mosel-Halle werden sie von den Ämtern bzw. Eigenbetrieben vereinnahmt. Dies ist für die Zukunft auch für die Schulen vorgesehen.

Als Pächter kamen mehrere Gruppen zum Zuge, die in der Regel als „Gesellschaften bürgerlichen Rechts – GbR“ firmieren. Die KITA in Güls entspricht am ehesten einer Bürger-Solaranlage, weil über den Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) bewusst eine größere Zahl an Gesellschaftern gesucht wurde, die sich mit kleineren Beträgen beteiligen konnten. Für die Zukunft ist die verstärkte Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften aus der Region geplant, die dies ebenfalls ermöglichen.

**Frage 3. Wird bei jeder Sanierung oder jedem Neubau eines Daches von Schulen/Sporthallen/anderen stadteigenen Gebäuden bereits bei der Planung die Installation einer Photovoltaik-Anlage geprüft? Wenn ja, wie werden die Ergebnisse in der Verwaltung kommuniziert? Wenn nein, warum nicht?**

Antwort:

Im Rahmen der „Solardachbörse“ wurden viele Dächer darauf hin geprüft, ob sie von der Ausrichtung und Verschattungsfreiheit grundsätzlich geeignet sind, darauf PV-Anlagen zu bauen. Es stellte sich jedoch heraus, dass andere Gründe meist gegen einen kurzfristigen Bau sprechen. Vor allem ist der Sanierungsbedarf i.d.R. so hoch, dass innerhalb von 20 Jahren mit einer Dachsanierung gerechnet werden müsste und der Pächter die Anlage dann auf eigene Kosten ab- und nachher wieder aufbauen müsste. Bei anderen Dächern spricht die Art der Dacheindeckung zunächst dagegen: Schiefer bedeutet erhöhten Montageaufwand; Eternit ist oft asbestbelastet. Die Verwaltung hat sich daher entschlossen, zukünftig für Dächer grundsätzlich erst im Zuge der Dachsanierung oder beim Neubau mögliche Investoren hinsichtlich einer PV-Nutzung einzubeziehen. Zuletzt ist man bei der Sporthalle an der Goetheschule und bei der Planung des Baubetriebshofes von diesem Prinzip abgewichen, um eine Eigenfinanzierung zu prüfen.

**Frage 4. Wird in der Stadtverwaltung bei jeder einzelnen Maßnahme geprüft, ob es für die Stadt finanziell lohnenswert wäre, selbst Investor der Photovoltaik-Anlage zu sein? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?**

Antwort:

Der Stadtratsbeschluss von 2005 beauftragte die Verwaltung, geeignete Dächer zu verpachten. Vermutlich aus Gründen eines gedeckelten Investitionshaushaltes hatte die Politik darauf verzichtet, auch Eigeninvestitionen vorzuschlagen. Trotzdem hat die Verwaltung beispielhaft bei der Sanierung der Grundschule Schenkendorf eine Eigenfinanzierung durchgerechnet. Die Maßnahme wäre wirtschaftlich gewesen, die Einnahmen hätten auch höher gelegen, als die Einnahmen aus einer Dachverpachtung. Allerdings hätte man dafür auch ausreichend Instandhaltungskosten bei Bedarf kurzfristig aufbringen müssen, z.B. beim Ausfall eines Wechselrichters, womit in 20 Jahre i.d.R. ein- bis zwei Mal gerechnet werden muss. Der Stadtvorstand hat sich vor allem aufgrund der Belastung des Investitionshaushaltes dagegen entschieden, die kalkulierten Zusatzkosten von 170.000 Euro (netto) aufzubringen. Die Koblenzer WohnBau war ebenfalls nicht interessiert, in größerem Umfang in die Erzeugung von Solarstrom einzusteigen. Deshalb wurde dieses Dach und alle folgenden an Dritte verpachtet.

Der Stadtvorstand hat sich in seiner Sitzung am 12.12.2011 erneut mit der Thematik beschäftigt und beschlossen, dass jeder Einzelfall bezüglich einer eigenwirtschaftlichen Umsetzung geprüft wird. Wegen des Eckwertebeschlusses wird die Aufbau-GmbH gebeten, eine Umsetzung von Maßnahmen auf städtischen Gebäuden zu prüfen und ggf. zu realisieren.